



Keupers

kritischer

Kommentar

01-01-2017

Januar 2017

Das Vertrauen der Bürger

Ist die wesentliche Grundlage einer erfolgreichen demokratischen Staatsführung. Das gegenseitige Vertrauen der Bürger, der Wählerinnen und Wähler, in die Regierung, in die Politik und deren Vertreter, den Politikerinnen und Politikern, aber auch das Vertrauen der Regierung, der Politik und deren Repräsentanten in die Entscheidungsfähigkeit der Wählerinnen und Wähler, über anstehende oft unterschiedliche Ansichten zu politischen Entscheidungsfindungen und den daraus sich ergebenden Möglichkeiten der erforderlichen politischen Beschlussfassungen. Das heißt, die Vertrauensfrage ist der notwendige Stabilitätsfaktor in jedem demokratischen Staatswesen und für jede erfolgreiche demokratische Gesellschaftsentwicklung.

Eine wesentliche Voraussetzung einer Vertrauensentwicklung jedoch ist, dass der Staat die soziale Ausgleichsfunktion zwischen den Differenzen der unterschiedlichen Gesellschaftsschichten übernimmt, dass er den wirtschaftlich Schwächeren, oder auch denen mit geringerem Bildungshintergrund die Chance, die Möglichkeit einräumt, sich nicht nur in der Gesellschaft zu integrieren, sondern auch sich in dieser Gesellschaft vervollkommen zu können.

Auf Vertrauen beruht die Akzeptanz des demokratischen Gesellschaftssystems.

Die Akzeptanz des demokratischen Gesellschaftssystems beruht also darauf, dass für jeden ein gewisser persönlicher Wohlstand erreichbar, und eine ausreichende soziale Absicherung miteinander in enge Verbindung gebracht wird, und dass diese Eckpfeiler des Daseins als Norm des Lebens in einer Demokratie angesehen werden. Wenn diese beiden Eckpfeiler wirtschaftlichen und sozialen Handelns nicht mehr so wie allgemein vorausgesetzt funktionieren, wenn wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Absicherung für erhebliche Teile der Bevölkerung nicht mehr gegeben sind, ja, sogar die Gefahr besteht in eine persönliche wirtschaftliche Krise zu geraten, und vom Staat oder der Politik eine ausreichende soziale Absicherung nicht unbedingt gewährleistet werden kann, dann entsteht ein ernst zu nehmender Vertrauensverlust gegenüber der demokratischen Staatsgewalt und damit auch gegenüber dem demokratischen Gesellschaftssystem.

Dieser Vertrauensverlust signalisiert, dass man den politischen und auch den wirtschaftlichen Führungseliten nicht mehr zutraut, diese negativen Entwicklungen wieder zu revidieren, insbesondere, wenn lautstarke Versprechungen und dann ausbleibenden Umsetzun-

gen hinsichtlich Abbau, bzw. Linderung des Ungleichgewichts im bestehenden Gesellschaftssystem sich häufen.

Fehlendes Vertrauen fördert politische Randgruppen.

Das fehlende Vertrauen macht schließlich einem immer mehr um sich greifendem Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Staat, in die Handlungsfähigkeit der Politik, der Politiker Platz.

Rechte politische Randgruppen greifen dann diese Disharmonie zwischen den Bürgern und dem Staat auf und versuchen daraus für sich, für ihre politischen Ziele und Vorstellungen Kapital zu schlagen. Durch populistische Argumentationen bis hin zur Demagogie heizen sie die vorhandene negative Stimmung auf, sodass es ggf. zu spontanen Demonstrationen gegen den Staat, gegen die herrschende Politik und deren Vertretern kommt.

Natürlich sind die Proteste bei solchen Demonstrationen in ihrer Art oft überzogen und teilweise auch ungerechtfertigt, doch sollte die Politik, die demokratischen Politiker sich nicht irritieren lassen, es darf nicht dazu kommen, dass aus einem demokratischen Rechtsstaat ein undemokratischer Rechts-Staat wird. Das politische Klima hat sich in Deutschland die letzten 15 Monate sehr verändert. Die politischen Auseinandersetzungen, die politischen Diskurse werden immer radikaler und es ist zu befürchten, die Republik rückt nach rechts.

Rückkehr zu einer „Bürgerdemokratie“.

Dem ist von den Sozialdemokraten entschieden gegenzusteuern. Trotz aller Gefahren, die möglicherweise dem Staat und seinen Bürgern drohen, die Freiheit, die Solidarität und das Gebot sozialer Gerechtigkeit sollte die Maxime unseres Handelns bleiben. Dazu gehört aber auch, die Ängste und Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, die meinen vom Staat, von der Politik missachtet zu werden. Gerade ihnen müssen wir signalisieren, wir brauchen dich, wir wollen durch geeignete politische Schritte, politische Maßnahmen ihr Vertrauen zurückgewinnen, das Vertrauen in die Demokratie. Wir müssen das Thema: „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ für alle Gesellschaftsgruppen als Mantra unseres Handelns, in den Fokus unserer politischen Aktivitäten stellen. Den Menschen, die Angst haben vor der Zukunftsentwicklung, vor sozialen Abstieg, vor Armut und sozialer Ausgrenzung müssen wir signalisieren, dass wir aus einer „marktkonformen Demokratie“ wieder eine „Bürgerdemokratie“ machen wollen.

Gute Arbeitsvoraussetzungen bei gutem Lohn, und eine sorgenfreie soziale Absicherung, das ist das, was die Menschen von dem Staat, von der Politik erwarten und verlangen, damit sie vertrauen können, einer freien, solidarischen und gerechten Demokratie.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 13. 01. 2017,

Heinrich Keuper